



Presseinformation – 166/2/2010

05.02.2010
Seite 1 von 3

Minister Armin Laschet stellt 9. Kinder- und Jugendbericht vor: „Bildung ist mehr als Schule“

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.nrw.de

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration teilt mit:

– „Wir wollen Bildung und Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen. Wir wollen jedem jungen Menschen unabhängig von seiner Herkunft den sozialen und gesellschaftlichen Aufstieg ermöglichen. Nordrhein-Westfalen ist das Land neuer Chancen für junge Menschen.“, erklärte heute (5. Februar 2010) Kinder- und Jugendminister Armin Laschet bei der Vorstellung des 9. Kinder- und Jugendberichtes in Düsseldorf. „In den vergangenen fünf Jahren sind wir diesem Ziel ein deutliches Stück näher gekommen“, sagte Laschet. „Wir haben vor allem in den Bereichen Jugend, Schule und Arbeit neue Akzente gesetzt und die Ausgangslage vieler Jugendlicher verbessert.“ In Nordrhein-Westfalen leben rund 3,17 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Der Kinder- und Jugendbericht wird jeweils zum Ende einer Legislaturperiode von der Landesregierung erstellt und beschreibt die Entwicklungen und Leistungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in einem fünfjährigen Berichtszeitraum.

Ein Schwerpunkt der Jugendpolitik der vergangenen fünf war die Stärkung der außerschulischen Bildungsorte. Laschet: „Bildung ist mehr als nur ein Schulfach. Der Grad der Bildung lässt sich nicht alleine an Noten ablesen. Vielmehr ist Bildung die Fähigkeit, selbstverantwortlich zu handeln und eigene Interessen wahrzunehmen. Bildung schafft ein Bewusstsein dafür, dass man ein Recht und die Chance hat, sich selbst zu verwirklichen.“

Mit diesem Verständnis komme den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, dazu zählen unter anderem die 2.320 offenen Jugendeinrichtungen und 45 Jugendkunstschulen, und den Jugendverbänden eine neue Bedeutung zu. Sie müssen selbständig einen Bildungsauftrag

erfüllen und sich einbringen in die Bildungslandschaft vor Ort. Dieser neuen Rolle entspreche auch der Förderschwerpunkt des Kinder- und Jugendförderplans der vergangenen fünf Jahre. „Wir haben bewusst mehr Geld in leistungsfähige Strukturen der verbandlichen, offenen, kulturellen und internationalen Jugendarbeit investiert, um sie als eigenständige Bildungsorte zu stärken“, so Laschet.

Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit haben wir zunächst verlässlich auf rund 75,1 Millionen Euro festgeschrieben und zuletzt auf insgesamt 80 Millionen Euro erhöht. Gemeinsam mit den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit wurde der Schwerpunkt der Förderung auf die Stärkung der Strukturen und der Infrastruktur gelegt.

Ein besonderes Augenmerk hat die Jugendpolitik der letzten fünf Jahre auf Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gelegt. In einer Zeit, in der Bildung zu einem immer höheren und wichtigen Gut werde, sei die Frage von schulischem Erfolg oder Misserfolg gerade für sie von grundlegender Bedeutung. „Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft bestmögliche Chancen für einen Aufstieg und die Verwirklichung ihrer Lebensträume bieten. Das geht nur über aktive Integration und optimale Bildungschancen von Anfang an“, so Laschet.

Deshalb habe die Landesregierung die frühkindliche Bildung und Betreuung (rund 1,3 Milliarden Euro), die Sprachförderung (rund 30 Millionen Euro), die Ganztagsangebote an Schulen (29,1 Prozent der Schülerinnen und Schüler des Primarbereichs und der Sekundarstufe I besuchen eine Ganztagschule) und die Schulsozialarbeit (das Schulministerium fördert 1.100 Fachkräfte der Schulsozialarbeit zusätzlich zu den kommunalen Schulsozialarbeitern) maßgeblich gestärkt. Daneben seien gerade die Einrichtungen der Jugendarbeit, vor allem die offenen und kulturellen Angebote, besonders geeignet, sozial benachteiligten Jugendlichen und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte in ihren Stärken wahrzunehmen und zu fördern. Der Schlüssel zum Bildungserfolg liege hier vor allem in Kooperationen zwischen Schule und außerschulischen Bildungsangeboten in den 40 von der Landesregierung initiierten regionalen Bildungsnetzwerken.

Neben dem Schwerpunkt der Bildungsförderung stellte Minister Laschet als weitere Schwerpunkte der Jugendpolitik der Landesregierung die Förderung der Teilhabe der Jugendlichen an sozialen wie ökonomische Ressourcen und an gesellschaftlichen Prozessen heraus: „Wichtig ist uns als Landesregierung, dass wir die Angebote der Kinder- und

Jugendarbeit nicht nur für, sondern mit den Jugendlichen gestalten.“ Laschet verwies in diesem Zusammenhang auf die Kinder- und Jugendparlamente, die in 31 Kommunen die Lebenswelt gestalten und auf den „Expertenbeirat“ im „Pakt mit der Jugend“, in den Laschet im vergangenen Jahr 17 junge Menschen aus den Jugendverbänden als seine persönlichen „Experten“ berufen hat.

Neben diesen positiv unterstützenden Elementen stellt der Bericht auch die wichtige Schutzfunktion der Kinder- und Jugendhilfe deutlich heraus. „Kinderschutz, Jugendmedienschutz, umfassende Präventionsansätze und Extremismusbekämpfung sind weitere Themen, in denen die Landesregierung angesichts zum Teil erschreckender Gefährdungen junger Menschen konsequent gehandelt hat“, so der Jugendminister.

Laschets Fazit nach fünf Jahren Jugendpolitik fällt insgesamt positiv aus: „Die Situation der Jugend hat sich auch in den letzten Jahren weiter stark gewandelt. Sie ist geprägt von neuen Risiken, aber auch bisher unbekanntem Zukunftschancen. In diesem Umfeld allen Jugendlichen neue Chancen zu eröffnen, war eine Herausforderung, die wir engagiert und erfolgreich angenommen. Ich danke allen, vor allem den vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den bewährten Profis in den Jugendorganisationen, für ihr Engagement und ihre Unterstützung. Gemeinsam haben wir viel für die Jugend in unserem Land bewirkt.“

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Telefon 0211 8618-4338.

Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung <http://www.nrw.de>